

Auszug aus dem Buch:

Ist Deutschland noch zu retten?

Hans-Werner Sinn

Ullstein Buchverlage GmbH: Berlin, 2005, 579 Seiten

(2. aktualisierte Auflage im Taschenbuch).

Erste gebundene Auflage: Econ / Ullstein Buchverlage: München/Berlin, 2003, 579 S.

Kapitel: Das 6+1 Programm für den Neuanfang

S. 521 – 554

INHALT

PROLOG

Zurück in die Wirklichkeit · 13

1. SCHLUSSLICHT DEUTSCHLAND · 19

Vom Wirtschaftswunderland zum kranken Mann Europas · 19

Der Aufstieg Englands · 27

Auch Frankreich, Holland und Österreich überrunden
Deutschland · 32

Dichter, Denker und der schiefe Turm von Pisa · 40

Japanische Pleitegeier im Anflug · 46

Maastrichter Vertrag: Wer anderen eine Grube gräbt,
fällt selbst hinein · 50

2. WIE WIR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VERLOREN · 61

Der Globalisierungsschock: China, Indien, USA und die vielen
anderen · 61

Die Flucht der Mittelständler nach Osteuropa · 67

Basar-Ökonomie Deutschland · 71

Exporte und Wettbewerbsfähigkeit: ein schwieriges Thema · 78

Wettbewerbsfähigkeit und Exportüberschuss · 84

Der DAX im Wind des Turbo-Kapitalismus · 89

Drei Schocks auf einmal: Euro, Binnenmarkt und
Osterweiterung der EU · 93

Internationale Arbeitsteilung: von der Globalisierung
profitieren · 98

Zu hohe Lohnkosten · 103
Dr. Fritzchen Müllers Denkfehler bei den Lohnkosten · 113
Warum es auf die Binnennachfrage nicht wirklich ankommt · 117
Eine Bemerkung zum Thema Lohn und Wechselkurs · 121
Was wir bei den Lohnkosten von den Amerikanern und den
Holländern lernen können · 123
Länger arbeiten · 129

3. ARBEITSMARKT IM WÜRGEGRIFF DER GEWERKSCHAFTEN · 143

Gewerkschaften damals und heute · 143
Mokka im Ozean · 147
Flächentarifvertrag als Kartellvereinbarung · 158
Mehr Autonomie für die Betriebe · 163
Weniger Kündigungsschutz, mehr Sicherheit
des Arbeitsplatzes · 168
Der Sozialstaat als heimlicher Komplize · 175
Sparlohn statt Barlohn: ein möglicher Weg · 178

4. DER SOZIALSTAAT: MÄCHTIGSTER KONKURRENT DER WIRTSCHAFT · 187

Versicherung und moralisches Risiko · 187
Lohnersatzeinkommen als Jobkiller · 193
Gering Qualifizierte im Abseits: der Ziehharmonika-Effekt · 198
Die deutsche Krankheit: Warum den Deutschen die Arbeit
ausgeht · 204
Anspruch und Wirklichkeit: Ungleichheit am Arbeitsmarkt · 210
Der Michel vor der Eiger-Nordwand · 213
Minijobs mit Miniwirkung: der Verdrängungseffekt · 217
Das Mainzer Modell: nur eine Höhle in der
Eiger-Nordwand · 221
Aktivierende Sozialhilfe: eine scharfe Waffe
gegen die Arbeitslosigkeit · 225

Was von der Aktivierenden Sozialhilfe bei der Agenda 2010
übrig blieb · 237

Frühverrentung: die Blüm'sche Teufelsspirale · 248

Frühverrentung mit freiem Hinzuverdienst:
der bessere Weg · 253

5. DER VERBLÜHENDE OSTEN · 259

Der deutsche Mezzogiorno · 259

Geld, Geld und noch mal Geld · 269

Überholmanöver bei den Löhnen · 278

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort · 284

»Nur keine Japaner!«: die zweifelhafte Rolle der westdeutschen
Tarifpartner im Osten · 291

Die Holländische Krankheit · 294

Ein Befreiungsversuch · 300

6. DER STEUERSTAAT: FASS OHNE BODEN · 311

Der Staat: Leviathan oder Lastenesel? · 311

Die Mär von der geringen Steuerquote · 317

Der Weg in den Steuer- und Schuldenstaat · 320

Wohin fließt das viele Geld? · 326

Leistungsempfänger gegen Steuerzahler: Wie Energien
verpulvert werden · 335

Die Jagd nach Subventionen · 339

Zu viele Abgaben: Weltmeister bei der Grenzabgabenlast · 343

Schwarzarbeiterparadies Deutschland · 348

Die Neidsteuern des Frank Bsirske · 351

Warum man das Kapital nicht wirklich besteuern kann · 355

Steuerreform 2000: ein kleiner Schritt in die richtige
Richtung · 361

Das Versiegen der Körperschaftsteuer · 363

Eine wirklich mutige Steuerreform · 367

7. **LAND DER GREISE** · 381
Warum werden wir immer älter? · 381
Land ohne Kinder · 384
Der Weg in die Gerontokratie: die Herrschaft der Alten · 392
Rentenversicherung vor dem Kollaps · 395
Die Scheinlösungen · 403
Humankapital oder Realkapital: von nichts kommt nichts · 409
Warum die Einwanderung nur einen kleinen Beitrag zur
Lösung leisten kann · 415
Adenauers Denkfehler oder: Warum wir eine
aktive Bevölkerungspolitik brauchen · 420
Das französische Beispiel · 429
Kinderrente für Eltern und Riester-Rente für Kinderlose · 440
Gewappnet für die Zukunft: die vier Rentensäulen · 446

8. **SPIEL OHNE GRENZEN:
EU-ERWEITERUNG, MIGRATION UND NEUE
VERFASSUNG** · 459

- Was die europäische Vereinigung von der deutschen
Vereinigung unterscheidet · 459
Das Problem: extreme Niedriglohnkonkurrenz · 465
Viele werden kommen · 468
Warum die Wanderung eigentlich gut ist · 471
Zuwanderung in die Arbeitslosigkeit · 475
Zuwanderungsmagnet Sozialstaat · 486
Die neue EU-Verfassung: der Weg in die
Europäische Sozialunion · 493
Wie man auch ohne zu arbeiten in den Sozialstaat
einwandern kann · 498
Die Erosion der Sozialstaaten oder zwanzig Mezzogiorni
in Europa · 503
Die Lösung: selektiv verzögerte Integration in das
Sozialsystem und Heimatlandprinzip · 508

DAS 6+1-PROGRAMM FÜR DEN NEUANFANG · 521

Kehrtwende bei den Tarifvereinbarungen · 526

Weniger Macht für die Gewerkschaften! · 529

Weniger Geld für das Nichtstun, mehr Geld für Jobs · 532

Den Zuwanderungsmagneten abschalten · 538

Eine wirklich radikale Steuerreform · 542

Mehr Kinder, mehr Rente, mehr Fortschritt · 545

Neuer Schwung in den neuen Ländern · 549

EPILOG

Einsicht oder Erfahrung · 555

DANKSAGUNG · 559

ANMERKUNG ZUR SIEBTEN AUFLAGE · 563

ANMERKUNG ZUR SECHSTEN AUFLAGE · 563

STICHWORT-, FIRMEN-
UND NAMENSVERZEICHNIS · 565

DAS 6+1-PROGRAMM FÜR DEN NEUANFANG

- TOP 1: Kehrtwende bei den Tarifvereinbarungen
Länger arbeiten: mindestens 42 Stunden
Sparlohn statt Barlohn, Mitbeteiligung statt Mitbestimmung
- TOP 2: Weniger Macht für die Gewerkschaften!
Weg mit den starren Flächentarifen, mehr Tarifautonomie
für die Betriebe
Vertragsfreiheit beim Kündigungsschutz
- TOP 3: Weniger Geld für das Nichtstun, mehr Geld für Jobs
Aktivierende Sozialhilfe: Hilfe zur Selbsthilfe
Frühverrentung bei freiem Hinzuverdienst
- TOP 4: Den Zuwanderungsmagneten abschalten
Selektiv verzögerte Integration und Heimatlandprinzip
Sozialunion für Europa? – eine Katastrophe
- TOP 5: Eine wirklich radikale Steuerreform
Weniger Staat und weniger Steuern
Die ifo-Steuer
- TOP 6: Mehr Kinder, mehr Rente, mehr Fortschritt
Von Frankreich lernen
Die Kinderrente
- TOP 6+1: Neuer Schwung in den neuen Ländern
Aktivierende Sozialhilfe zum Schutz vor Niedriglöhnern aus
Polen und Tschechien
Mitbeteiligung: im Osten ein Auftrag von Verfassungsrang

Deutschlands Versuch, soziale Ziele gegen die Regeln der Marktwirtschaft durchzusetzen, ist gescheitert. Falsche politische Weichenstellungen, die zum Teil schon ein Drittel Jahrhundert zurückliegen, haben unser Land in eine schwere Strukturkrise getrieben, die uns im Vergleich zu unseren Nachbarländern immer mehr zurückwirft. Um Deutschlands Position als führende Wirtschaftsnation zu retten, bedarf es grundlegender Reformen der institutionellen Verhältnisse, unter denen die private Wirtschaft arbeitet.

Die notwendigen Reformen konzentrieren sich auf den Arbeitsmarkt, denn die Arbeit ist die Quelle des Wohlstands, und die Kosten der Arbeit sind die einzigen relevanten Standortkosten im internationalen Wettbewerb. Wenn der Arbeitsmarkt nicht mehr funktioniert, dann funktioniert bald nichts mehr in diesem Lande. Die Bevölkerungsentwicklung, die Einwanderung und die Umverteilungsaktivitäten des Staates müssen dabei mit berücksichtigt werden.

Das Hauptproblem liegt bei den Lohnkosten. Um im Wettbewerb zu bestehen, kann man so viel teurer sein, wie man besser ist. Ob wir noch viel besser als andere sind, kann man bezweifeln, denn das technische Wissen verbreitet sich schnell auf andere Länder. Auf jeden Fall sind wir aber teurer. Deutschlands Industrie hat mit Ausnahme Norwegens die höchsten Arbeitskosten je Stunde auf der ganzen Welt. Bei den gering Qualifizierten ist auf diese Weise eine im internationalen Vergleich ganz ungewöhnlich hohe Massenarbeitslosigkeit entstanden, die mittlerweile das ganze Land hinunterzieht.

Die hohen Löhne hätten vielleicht noch etwas länger ertragen werden können,

- wenn nicht in den letzten beiden Jahrzehnten in Asien aggressive Niedriglohnwettbewerber auf den Plan getreten wären,
- wenn der Fall des Eisernen Vorhangs Deutschland keine Billiglohnkonkurrenz vor der eigenen Haustür beschert hätte,

- wenn der europäische Binnenmarkt der deutschen Industrie den Vorteil des eigenen großen Binnenmarktes nicht genommen hätte,
- wenn der Euro die deutschen Investoren nicht des Vorteils der niedrigeren Zinsen beraubt hätte und
- wenn die deutsche Vereinigung die Wirtschaft nicht zusätzlich belastet hätte.

Aber diese Spekulationen sind müßig. Die Geschichte ist im wahrsten Sinne des Wortes gelaufen. Jetzt kann es deshalb nur noch heißen, sich am Riemen zu reißen und dafür zu sorgen, dass der Arbeitsmarkt flexibel gemacht wird, um mit den neuen Herausforderungen fertig zu werden. Dazu müssen die Gründe der hohen Arbeitskosten in Deutschland in den Blick genommen werden.

Ein Grund liegt sicherlich in einer hemmungslosen Kartellpolitik der Gewerkschaften, die für die beschäftigten Arbeiter zu Lasten ihrer Kollegen vor den Werktoeren herausgeholt haben, was nur eben ging. Ein anderer liegt beim Sozialstaat. Der Sozialstaat hat versucht, die Konsequenzen der Arbeitslosigkeit durch immer großzügigere Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und auch Frührente abzufedern, aber er hat die Arbeitslosigkeit dadurch in Wahrheit noch vergrößert. Einerseits haben nämlich die Lasten des Sozialstaates die Arbeitskosten erhöht. Andererseits hat die Lohnkonkurrenz des Sozialstaates die Nettolöhne hochgetrieben. Die Lohnkonkurrenz ist das eigentliche Problem unseres Landes, denn sie ist für die im internationalen Vergleich extrem hohe Arbeitslosigkeit unter den gering Qualifizierten verantwortlich. Niedriglohnwettbewerber aus aller Welt bedrängen die deutschen Unternehmen auf ihren Absatzmärkten. Der Hochlohnwettbewerber Sozialstaat bedrängt sie auf dem heimischen Arbeitsmarkt. In diesem doppelten Wettbewerb wird die deutsche Industrie allmählich zerdrückt. Die meisten Unternehmen haben auszuweichen versucht, indem

sie ihre Werkhallen mit Robotern statt Menschen gefüllt haben. Viele Unternehmen sind mit Teilen ihrer Produktion ins Ausland geflohen und beschreiten den Weg zur deutschen Basar-Ökonomie. Andere sind Pleite gegangen und haben ihren Markt den ausländischen Wettbewerbern überlassen. In allen Fällen wurden Arbeitskräfte freigesetzt, ohne dass sie in anderen Teilen der Wirtschaft wie zum Beispiel dem Dienstleistungssektor hätten aufgesogen werden können. Eine wachsende Arbeitslosigkeit war die Folge.

Trotz der Arbeitslosigkeit locken die hohen Löhne für einfache Arbeit und die Leistungen des Sozialstaates nach wie vor Heerscharen von Ausländern in das Land. Aber die deutsche Wirtschaft ist wegen der Starrheit der Lohnstrukturen außerstande, ihnen neue Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Deshalb findet eine Zuwanderung in die Arbeitslosigkeit statt. Zwar finden die zuwandernden Ausländer meistens eine Stelle, doch drängen sie stattdessen Einheimische in die Sessel, die der Sozialstaat für sie bereitstellt. Deutschland hat noch keinen Weg gefunden, die Zuwandernden sinnvoll in seine Wirtschaft zu integrieren und ihnen statt der Arbeitsplätze der Einheimischen neue Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Angesichts der Osterweiterung der EU und der immer noch riesigen Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westeuropa, die weitere Wanderungsbewegungen anregen werden, besteht akuter Handlungsbedarf.

Trotz der Zuwanderung schrumpft und vergreist die Bevölkerung, denn es werden immer weniger Familien gegründet und immer weniger Kinder geboren. Schon heute hat das kleinere Nachbarland Frankreich mehr Neugeborene als Deutschland. Da die Generationen der Unternehmensgründer und Forscher ausdünnen, werden immer weniger wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen. Zugleich türmt sich ein Berg von Rentenansprüchen auf, die in 30 Jahren mangels arbeitsfähiger Menschen kaum noch bewältigt werden können.

Die Kosten für den Staat wachsen wegen der zunehmenden

Arbeitslosigkeit und der alternden Bevölkerung schneller als die Wirtschaftsleistung. Die Staatsquote steigt, und mit ihr steigt die Steuer- und Abgabenlast. Das belastet den Standort weiter und vergrößert die Arbeitslosigkeit abermals. Deutschlands Industriearbeiter müssen heute die höchste Grenzabgabenlast unter vergleichbaren Ländern tragen. Viele fliehen in die Schwarzarbeit, viele ziehen sich ganz aus dem Arbeitsleben zurück, und die Jungen verlieren das Interesse an der Ausbildung.

Die Teufelsspirale, in der unser Land seit nunmehr drei Jahrzehnten gefangen ist, muss mit einem Befreiungsschlag durchbrochen werden. Wir können nicht hinnehmen, dass Deutschland bei der Wirtschaftsleistung von einem Nachbarn nach dem anderen überholt wird und dass es zu einem Land der Greise wird, in dem nichts mehr prosperiert außer den Altersheimen.

Deutschland muss sich endlich mit der Marktwirtschaft versöhnen und seine idealistischen Vorstellungen von den Möglichkeiten des Sozialstaates aufgeben. Der Belastungstest der Marktwirtschaft ist schief gegangen. Wenn Willy Brandt noch lebte, würde auch er dies anerkennen. Wir waren damals alle viel zu naiv, was die wirtschaftlichen Dinge betraf.

Wir müssen ein System errichten, bei dem die natürlichen Anreize für die Menschen, sich Wohlstand und Sicherheit zu verschaffen, wieder zum Zuge kommen. Diese Anreize sind in der Vergangenheit durch staatliche Interventionen massiv verzerrt worden mit der Folge, dass Deutschland seine Dynamik verloren hat. Mit einem konsequent an den Erfordernissen der Marktwirtschaft ausgerichteten Programm, das auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft vertraut und uns alle wieder in stärkerem Umfang für die Konsequenzen unseres Handelns verantwortlich macht, wird es gelingen, ein stabiles Fundament für einen neuen Aufschwung unseres Landes zu legen. Die notwendigen Reformen sind in Einzelfällen schmerzlich, und sie werden auch keine raschen Wirkungen entfalten, denn sie sind

struktureller und nicht konjunktureller Natur. Für eine wirkliche Kehrtwende braucht man einen langen Atem. Aber der Erfolg wird nicht ausbleiben. Die Gesetze der Ökonomie arbeiten zwar langsam, aber sie arbeiten beständig und mit großer Kraft.

Die folgenden sechs Programmbereiche fassen meine Forderungen an die Politik zusammen. Sie erschöpfen die Liste der notwendigen Reformen nicht, aber sie umfassen die wichtigsten, jedenfalls was die wirtschaftliche Seite des Themas betrifft. Es folgt ein weiterer Programmbereich, der besonders dringlich ist, aber systematisch etwas aus dem Rahmen fällt, weil er einige der schon genannten Programmpunkte speziell im Hinblick auf die neuen Länder diskutiert. Deswegen ist dies ein 6+1-Programm.

TOP 1: Kehrtwende bei den Tarifvereinbarungen

Länger arbeiten: mindestens 42 Stunden

Zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit müssen die Stundenlöhne fallen. Um wie viel, das ist angesichts der sich stürmisch ändernden Wettbewerbsverhältnisse unklar. Ein guter gedanklicher Bezugspunkt ist jedoch Holland, weil dieses Land vor 25 Jahren ähnliche Probleme wie Deutschland hatte und diese Probleme dann mittels einer langfristigen Lohnmoderation, die 1982 im Abkommen von Wassenaar beschlossen wurde, tatsächlich lösen konnte. Wenn man den Lohnabstand zu den Holländern, der sich seitdem aufgebaut hat, kompensieren möchte, müssten die Arbeitgeberbeiträge zur Renten- und Krankenversicherung von den Arbeitnehmern übernommen werden, oder die Löhne müssten 13 Jahre lang um je einen Prozentpunkt langsamer wachsen als die Produktivität.

Schneller und einfacher ist das Ziel erreichbar, wenn die

Arbeitszeit ohne Lohnausgleich verlängert wird. Wenn wir bei gleichem Lohn 15% länger arbeiten, kann die Lohnkostenschere zu unserem Nachbarn ebenfalls wieder geschlossen werden. Die wöchentliche Arbeitszeit müsste wieder von 38 Stunden auf 44 Stunden erhöht werden, mindestens aber auf 42 Stunden, wo sie vor 30 Jahren bereits einmal lag. Für's Erste sollte man auf die 42-Stunden-Woche losmarschieren. Wir würden dann immer noch weniger als die Briten oder Iren und etwa so viel wie die Italiener heute arbeiten. Bekanntlich ist das mit der dolce Vita noch kompatibel.

Die Verlängerung der Arbeitszeit erlaubt die bessere Ausnutzung des Kapitalstocks der Unternehmen. Sie wirkt wie ein allgemeiner technischer Fortschritt, der einen Wachstumsschub hervorbringt. Da sie die Produktivität eines jeden Arbeiters steigert, ohne dass sich dessen Kosten verändern, veranlasst sie die Unternehmen in einem zweiten Schritt zudem, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist freilich zu empfehlen, dass die Arbeitszeit in möglichst vielen Unternehmen zugleich ausgeweitet wird, denn so kommt die einzelne Unternehmung in den Genuss einer Nachfrageerhöhung, die den Absatz ihrer Mehrproduktion erleichtert.

Die Verlängerung der Arbeitszeit zu vereinbaren ist die Aufgabe der Tarifpartner, nicht des Staates. Aber der Staat sollte sich einmischen, um eine simultane Ausweitung auf breiter Front zu ermöglichen. Er kann die Tarifpartner ermuntern, und wenn sie nicht reagieren, kann er sogar damit drohen, ersatzweise Feiertage zu streichen. Das Wassenaar-Abkommen der Tarifpartner hatte der niederländische Staat mit der massiven Drohung erzwungen, den Lohnanstieg andernfalls per Gesetz zu begrenzen.

Allzu feinfühlig braucht auch der deutsche Staat in diesem Punkte nicht vorzugehen, denn es liegt hier eindeutig ein Notstand vor, der die Rücksichtnahme auf partikuläre Interessen verbietet.

Sparlohn statt Barlohn, Mitbeteiligung statt Mitbestimmung

Darüber hinausgehende Lohnkostensenkungen können im Austausch gegen eine Mitbeteiligung an den Unternehmen ausgehandelt werden. Dafür sind längerfristige Tarifvereinbarungen erforderlich. Wenn die Mitbeteiligung nur den bereits vorhandenen Beschäftigten als Kompensation für eine Lohnzurückhaltung zur Verfügung steht, doch neu eingestellte Mitarbeiter ausspart, entsteht ein positiver Beschäftigungseffekt, obwohl die bereits vorhandenen Beschäftigten keine Nachteile erleiden. Solche Vereinbarungen würden den historischen Fehler korrigieren, den die Gewerkschaften in den sechziger Jahren mit der Entscheidung für die Mitbestimmung und gegen die Mitbeteiligung gemacht haben.

Partnerschaftliche Beteiligungsmodelle werden in Deutschland bei Tausenden von Unternehmen mit Erfolg praktiziert. Dazu gehören solch bekannte Unternehmen wie Bertelsmann, BMW, Altana oder Otto, aber auch sehr viele kleine Unternehmen, die keine Aktiengesellschaften sind. Das Know-how für die Mitbeteiligung an solchen Unternehmensformen ist in Deutschland reichlich vorhanden.

Auch die Vereinbarung partnerschaftlicher Beteiligungsmodelle muss Sache der Tarifpartner sein. Der Staat kann die Vereinbarung jedoch nachhaltig unterstützen, indem er die Rahmengesetze zur Absicherung der Arbeitnehmer verbessert und die Sparlöhne lediglich der nachgelagerten Besteuerung unterwirft.

TOP 2: Weniger Macht für die Gewerkschaften!

Weg mit den starren Flächentarifen, mehr Tarifautonomie für die Betriebe

Die Gewerkschaften haben die Tarifautonomie benutzt, Lohnkartelle gegenüber den Arbeitgebern und indirekt auch gegenüber den Konsumenten durchzusetzen. Sie haben die Löhne über das Niveau hinaus erhöht, bei dem Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften sich die Waage halten, und dadurch Arbeitslosigkeit erzeugt. Die Arbeitslosigkeit ist geradezu der Erfolgsbeleg für eine Kartellpolitik, die es schafft, höhere Löhne zu erzwingen, als sie der Markt von allein hervorbringt.

Tarifautonomie darf aber nicht als Kartellmacht verstanden werden. Sie muss so interpretiert werden, dass sie mit der Konkurrenz der Betriebe auf den Arbeits- und Produktmärkten kompatibel ist. Die Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden, die Preise und Löhne ihrer Wettbewerber bei Bedarf auch zu unterbieten, ohne dass die Wettbewerber oder eine Gewerkschaft die Möglichkeit hätten, dies zu verhindern.

Die Tarifpartner sollten deshalb per Gesetz verpflichtet werden, in ihren Tarifverträgen wirksame Öffnungsklauseln vorzusehen, die es der Belegschaft eines Betriebs ermöglichen, auf dem Wege der freiwilligen betrieblichen Vereinbarung mit der Unternehmensleitung von den Vereinbarungen des Flächentarifvertrags abzuweichen. Dabei muss auch eine Abweichung nach unten möglich sein, wenn die Belegschaft der Meinung ist, dass dies der Weg ist, auf dem sie versuchen sollte, ihre Arbeitsplätze zu sichern. Ein Quorum von zwei Dritteln der Arbeitnehmer sollte für eine Lohnkonzession reichen. Diese Regelung würde das System der Lohnfindung im Normalfall nicht ändern und würde die Betriebe auch in Zukunft nicht mit der Aufgabe der Lohnfindung belasten. Sie ließe ihnen aber eine Hintertür für Anpassungen offen, wenn sie erforderlich sind. Die Öffnungs-

klauseln würden die Tarifautonomie stärken, weil sie den Belegschaften mehr Mitspracherechte bei der Lohnbildung gäben.

Betriebliche Tarifvereinbarungen mit den Gewerkschaften wären kein Ersatz für eine solche Politik, denn sie würden eine Fortsetzung des Lohnkartells bedeuten und den Arbeitnehmern von Konkurrenzbetrieben die Möglichkeit der Einflussnahme bieten.

Angesichts der beängstigend hohen Zahl der Konkurse deutscher Unternehmen sind betriebliche Öffnungsklauseln eine akut erforderliche Notmaßnahme zur Abwendung größeren Unglücks. Tausende von Unternehmenspleiten könnten noch verhindert werden, wenn der Gesetzgeber schnell handeln und den Arbeitnehmern das Recht geben würde, ihren Unternehmen durch eine Lohnzurückhaltung zu helfen.

Vertragsfreiheit beim Kündigungsschutz

Der gesetzliche Kündigungsschutz ist eine der wirksamsten Waffen der Gewerkschaften im Tarifpoker. Er zwingt die privaten Unternehmen, die Arbeitsleistung auch dann noch zu kaufen, wenn sie ihnen zu teuer geworden ist. Er ist mitverantwortlich für die aggressive Lohnpolitik der Gewerkschaften, die zur Arbeitslosigkeit geführt hat. Der gesetzliche Kündigungsschutz trägt zudem auch insofern zur Arbeitslosigkeit bei, als er Neueinstellungen verhindert, weil Unternehmen bei unsicherer Geschäftsentwicklung Angst vor der Bindungswirkung eines Arbeitsvertrags haben.

Der Kündigungsschutz hat für die deutschen Arbeitnehmer keine sicheren Arbeitsplätze geschaffen, sondern die Arbeitsplatzsicherheit verringert, weil er die Arbeitslosigkeit vergrößert hat. Nichts schafft mehr Sicherheit am Arbeitsplatz als ein hoher Beschäftigungsstand. Deutschland sollte dem Beispiel Dänemarks folgen, das mit der Abschaffung des Kündigungsschutzes im Jahr 1993 sehr gute Erfahrungen gemacht hat.

Der gesetzliche Kündigungsschutz sollte nicht nur für Kleinbetriebe, sondern für alle Betriebe abgeschafft werden. Unternehmen und Arbeitnehmer sollten nach ihren eigenen Präferenzen befristete Verträge, unbefristete Verträge oder auch Verträge mit vollem Kündigungsschutz abschließen dürfen, aber der Staat sollte die Wahlfreiheit nicht beschränken. In der Praxis werden sich dann unbefristete Verträge durchsetzen, und das ist gut so. Jede Seite muss stets zufrieden mit dem Arbeitsverhältnis sein, und wenn es eine der Seiten nicht mehr ist, dann muss sie das Recht haben, dieses Verhältnis nach Maßgabe des Vertrags zu beenden. Ein Arbeitsverhältnis ist schließlich keine Ehe.

Die Abschaffung des gesetzlichen Kündigungsschutzes wird die Gewerkschaften zur Lohnmäßigung und die Unternehmen deshalb zur Schaffung von Arbeitsplätzen veranlassen. Sie wird die Unternehmen zudem ermuntern, mehr Einstellungen zu wagen, weil sie flexibler auf unerwartete Änderungen der Absatzlage reagieren können. Schließlich wird sie die Arbeitsanreize stärken, weil jeder Arbeitnehmer die Konsequenzen eines fehlenden Engagements vor Augen hätte. Wenn die deutschen Lohnkosten relativ zur Arbeitsproduktivität zu hoch sind, dann ist dies jedenfalls auch ein Aspekt, der für die Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit von Bedeutung ist. Der Ersatz des Kündigungsschutzes durch unbefristete Verträge wird sehr viele Arbeitsplätze in Deutschland retten. Die Arbeitsplatzsicherheit der Arbeitnehmer wird steigen.

Freilich muss man die Reform behutsam durchführen. In der jetzigen Zeit der konjunkturellen Flaute ist es ratsam, zunächst nur den Kündigungsschutz für neu eingestellte Arbeitnehmer abzuschaffen, damit keine Dämme brechen, weil aufgestaute Entlassungswünsche auf einmal zum Durchbruch kommen. Wenn im kurzfristigen Auf und Ab der Wirtschaft der nächste konjunkturelle Aufschwung kommt, kann in einem zweiten Schritt der Kündigungsschutz auch für bestehende Arbeitsverhältnisse gelockert werden.

Der Kündigungsschutz ist im Übrigen nicht nur für die Arbeitnehmer der Privatwirtschaft abzuschaffen. In aller Regel brauchen auch Beamte keinen solchen Schutz. Dass sich der Arbeitseifer noch steigern lässt, gilt auch für sie.

TOP 3: Weniger Geld für das Nichtstun, mehr Geld für Jobs

Aktivierende Sozialhilfe: Hilfe zur Selbsthilfe

Von zentraler Bedeutung für die Gesundung des Arbeitsmarktes sind Schritte, die vom Lohnersatz zur Lohnergänzung führen. Der Lohnersatz in Form des Arbeitslosengelds, der Arbeitslosenhilfe, der Sozialhilfe und der Frührente ist der Hauptgrund dafür, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland nicht funktioniert. Mit der Zahlung von Lohnersatz macht sich der Staat auf dem Arbeitsmarkt zum Konkurrenten der privaten Wirtschaft. Wenn man nicht in der Privatwirtschaft arbeitet, bekommt man Geld vom Staat, und wenn man dort arbeitet, bekommt man das Geld nicht mehr. Folglich will man von seinem privaten Arbeitgeber wenigstens so viel Arbeitslohn erhalten, wie der Staat für das Nichtstun bezahlt. Wenn aber der Staat mehr für das Nichtstun bezahlt, als ein Arbeitnehmer selbst an Werten erzeugen kann, gibt es keinen Job. Schließlich wird ein Unternehmer, der Gewinn machen muss, niemanden einstellen, der ihn mehr kostet, als er bringt.

Das Lohnersatzsystem war dafür verantwortlich, dass die Zuwanderung nach Deutschland, die während der letzten 30 Jahre stattgefunden hat, im Wesentlichen eine Zuwanderung in die Arbeitslosigkeit war. Die einheimischen Arbeitnehmer, die auf die Lohnersatzleistungen des Staates bauen konnten, ließen sich eher in die Arbeitslosigkeit drängen, als dass sie bereit gewe-

sen wären, mit den Zuwanderern in einen Niedriglohnwettbewerb um die knappen Arbeitsplätze zu treten. Die Folge war, dass die Löhne nicht nachgaben und die Arbeitsplätze knapp blieben.

Das Problem war im Bereich der gering Qualifizierten am größten, denn deren Löhne wurden durch die Sozialhilfe gegenüber dem markträumenden Niveau am stärksten hochgedrückt. Deutschland hatte in den letzten Jahrzehnten im Vergleich zu den anderen großen Ländern die meisten Zuwanderer, und es weist unter allen OECD-Ländern die bei weitem größte Arbeitslosigkeit unter den gering Qualifizierten auf. Das ist der Kern der deutschen Krankheit. Wir haben Millionen ins Land geholt und dann die für ihre Beschäftigung erforderliche Lohnanpassung durch das Lohnersatzsystem verhindert, ein alles in allem sinnloser Vorgang.

Das scheint nun auch die Politik allmählich zu begreifen. Die Verkürzung der Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld auf zwölf Monate sowie die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Verschmelzung mit der Sozialhilfe unter dem Namen Arbeitslosengeld II wurde bereits im Rahmen der Agenda 2010 beschlossen. Das reicht aber bei weitem nicht, denn die neue Sozialhilfe ist noch viel zu hoch, als dass sie mit einem funktionierenden Arbeitsmarkt für gering Qualifizierte vereinbar wäre. Die Sozialhilfe ist eine absolute Untergrenze für die Tariflohnstruktur, die die notwendige Lohnspreizung verhindert und das gesamte Lohngefüge im Niedriglohnbereich durcheinander bringt. Diese Wirkung hatte die Sozialhilfe schon in der Vergangenheit, und sie hat sie auch nach den Hartz-Reformen.

Trotz einer gewissen Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten liegen die effektiven Grenzbelastungen der Bezieher von Arbeitslosengeld II immer noch in Bereichen von 80 % bis 89%. Die Eiger-Nordwand, die die Sozialhilfe schon bislang für den Arbeitsmarkt darstellte, ist sogar noch höher geworden, weil der höhere Hinzuverdienst bis zu sehr viel höheren Einkommen abgeschmolzen werden muss, als es bis-

lang erforderlich war. Gerade bei den stark besetzten Einkommensklassen oberhalb des bisherigen Sozialhilfeniveaus hat die Reform extrem hohe Transferenzugsraten erzeugt, die stellenweise über hundert Prozent betragen. Viele Arbeitnehmer, die die alte Eiger-Nordwand mit Mühen überwunden hatten, finden sich nach der Reform mitten in einer neuen Eiger-Nordwand wieder, und viele werden aus dieser Wand absteigen, weil der Abstieg nur minimale Einbußen beim Nettoeinkommen mit sich bringt.

So kann man die deutsche Krankheit nicht überwinden. Man wird des Problems nicht Herr, ohne auch den Sozialhilfesatz zu verringern und das System konsequent vom Lohnersatz auf Lohnzuschüsse umzubauen.

Das ifo Institut hat unter dem Namen »Aktivierende Sozialhilfe« ein Alternativmodell entwickelt, das diese Erkenntnis beherzigt. Das Modell hatte auf Initiative des Bundeslandes Hessen im Oktober des Jahres 2003 sogar die Mehrheit im Bundesrat gefunden, war dann aber im Kompromiss der Parteien untergegangen. Auch bei diesem Modell wird die Arbeitslosenhilfe durch die Sozialhilfe ersetzt. Zusätzlich werden aber die Sozialhilfesätze für arbeitsfähige Personen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen, um etwa ein Drittel abgesenkt, und die frei werdenden Mittel werden zu Geringverdienern umgeschichtet, die einen Job annehmen. Bis zu einem Einkommen von 400 Euro wird im Gegensatz zum heutigen System keine Sozialhilfe entzogen. Der Staat zahlt im Gegenteil zu dem selbst verdienten Geld noch etwas hinzu, und zwar umso mehr, je mehr man verdient. Auch danach wird ein großzügiger Hinzuverdienst ermöglicht, ohne dass die Sozialhilfe wieder eins zu eins für jeden selbst verdienten Euro gestrichen wird, wie es heute in weiten Einkommensbereichen der Fall ist. Der Transferenzug bleibt stets eng begrenzt und wird nahtlos in den Steuertarif überführt.

Personen, die keinen Arbeitsplatz finden, haben die Möglichkeit, sich bei ihrer Kommune zu einem Lohn in Höhe

des heutigen Sozialhilfesatzes in einem Leiharbeitsverhältnis beschäftigen zu lassen. Die Kommune verleiht ihre Arbeitskraft dann meistbietend an die private Wirtschaft.

Das lokale Handwerk wird von dieser Regelung profitieren, denn die Aktivierende Sozialhilfe ist ein Programm zur Integration der Schwarzarbeiter in die Handwerksbetriebe. Zum einen hat das Handwerk mehr Kunden, weil den Sozial- und Arbeitslosenhilfebeziehern in Zukunft die Zeit fehlt, ihre Leistungen auf dem Schwarzmarkt anzubieten. Zum anderen stehen die betroffenen Personen dem lokalen Handwerk als billige Arbeitskräfte zur Verfügung, entweder direkt auf dem Wege eines subventionierten Beschäftigungsverhältnisses oder indirekt auf dem Wege eines Leiharbeitsverhältnisses.

Die Aktivierende Sozialhilfe wird Arbeitsplätze schaffen. Sie reduziert die Anspruchslöhne, zu denen man bereit ist, in der Privatwirtschaft zu arbeiten. Das senkt die tatsächlichen Löhne für einfache Arbeit. Und wegen der Lohnsenkung finden die Unternehmen mehr profitable Beschäftigungsmöglichkeiten. Dabei geht die Wirkung der Reform weit über die Gruppe der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger hinaus, denn die durch relativ feste Lohnabstände gebildete Kette der Niedriglöhne wird im Ganzen nach unten gezogen. Im gesamten Niedriglohnsektor kommt es deshalb zu einem Beschäftigungsboom, der nach einer Weitergabe der niedrigeren Löhne in die Verbraucherpreise von einem Anstieg der Nachfrage nach den Leistungen dieses Sektors begleitet wird. Dabei werden insbesondere auch viele der bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger Beschäftigung finden. Nach Schätzungen des ifo Instituts wird der langfristige Beschäftigungszuwachs, der durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Einführung der Aktivierenden Sozialhilfe zu erwarten ist, bei etwa 2,3 Millionen liegen.

Obwohl die Löhne der gering Qualifizierten fallen, geht es den bisherigen Sozialhilfebeziehern besser als zuvor, denn in der Summe aus dem selbst verdienten Lohn und der hinzugezahlten Sozialhilfe haben sie mehr Geld in der Tasche als heu-

te. Und dem Staat geht es nicht schlechter. Das Programm ist so konstruiert, dass die Hinzuzahlung von Sozialhilfe im Falle der Arbeitsaufnahme voll und ganz durch die Einsparung bei der Arbeitslosenhilfe und beim Eckregelsatz der Sozialhilfe finanziert wird. Rechnet man noch die Erlöse des Staates aus dem Verleih von Arbeitnehmern hinzu, entsteht sogar ein Überschuss. Das Modell ist nach grober Schätzung für den Staat jährlich um etwa 12 bis 15 Milliarden Euro billiger als das Arbeitslosengeld II, das sehr hohe fiskalische Lasten mit sich bringen wird.

Mit der Aktivierenden Sozialhilfe wird ein rationalerer Sozialstaat begründet als der, den wir heute haben, denn die Hilfe, die er gewährt, ist eine Hilfe zur Selbsthilfe. Im alten System bekam man die maximale Hilfe vom Staat, wenn man nicht arbeitete, und das ist mit der Agenda 2010 auch so geblieben. Bei der Aktivierenden Sozialhilfe bekommt man die maximale Hilfe, wenn man auf einer Halbtagsstelle für gering Qualifizierte arbeitet. Jeder muss nach seinen Fähigkeiten arbeiten, wenn er ein auskömmliches Einkommen erhalten will, und wer dabei nicht genug verdient, der bekommt vom Staat noch etwas hinzu. Das ist die neue Devise.

Die Durchführung der Reform wird die deutsche Krankheit, die extrem hohe Arbeitslosigkeit bei den gering Qualifizierten, heilen, und sie wird verhindern, dass die Zuwanderung nach Deutschland weiterhin eine Zuwanderung in die Arbeitslosigkeit ist. Angesichts der Migrationswelle, die zu erwarten ist, wenn die neuen EU-Bürger aus Osteuropa Freizügigkeit genießen, führt an dieser Reform kein Weg vorbei. Die Reform wird es Deutschland erleichtern, Nutzen aus der Zuwanderung zu ziehen und Kraft für neues wirtschaftliches Wachstum zu schöpfen.

Frühverrentung bei freiem Hinzuverdienst

Auch die Frühverrentungsprogramme der Bundesrepublik Deutschland laufen darauf hinaus, das Nichtstun zu prämiieren. Wer von der Altersteilzeitregelung Gebrauch macht, kann seinen Stundenlohnsatz um 40% vergrößern, und auch wer früher als mit 65 Jahren in die Rente geht, braucht keine versicherungsmathematisch korrekten Rentenabschläge zu befürchten. Wer früher geht, erhält, in Gegenwartswerten gerechnet, bis zu seinem Tode mehr Rente vom Staat als jemand, der später geht, aber die Voraussetzung ist, dass er geht. Weiterarbeiten darf er nicht.

Auch die Frühverrentung erhöht die Lohnansprüche gegenüber dem Arbeitgeber und trägt zur Verfestigung und Ausweitung von Arbeitslosigkeit bei. Die Frühverrentung verringert die Konkurrenz unter den Arbeitskräften, die zur Lohnmäßigung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen würde, und schafft erst dadurch die Bedingungen, unter denen sie vielen als sinnvolle Politikmaßnahme zur gerechten Verwaltung des Jobmangels erscheint.

Wenn man Arbeit schaffen will, darf man das Nicht-Arbeiten nicht prämiieren. Diese Devise muss auch im Rentensystem berücksichtigt werden. Deshalb sollten in Zukunft Frühverrentungsmöglichkeiten nur zu versicherungsmathematisch völlig korrekt berechneten Abschlägen gewährt werden, die auch für den Arbeitgeber und den Staat fair sind und kein Geld kosten. Wer sich trotz dieser Abschläge für die Frühverrentung entscheidet, dem sollte die Möglichkeit im Rahmen der heute geltenden Fristen weiterhin gewährt werden.

Dabei sollte ein unbeschränkter Hinzuverdienst erlaubt sein, so wie es heute schon für Rentner über 65 Jahren der Fall ist. Auf die mühsam ersparte Altersrente hat man einen Anspruch. Dieser Anspruch darf nicht gekürzt werden, wenn man sich entschließt, parallel zum Rentenbezug weiterzuarbeiten. Wenn der Zeitpunkt des Rentenbezugs vom Zeitpunkt der

Beendigung des Arbeitsverhältnisses getrennt wird, verschwinden die ungunstigen Anreize, weniger zu arbeiten und hohe Löhne zu fordern, die die Frühverrentungsprogramme bislang hervorgerufen haben. Es wird sich ähnlich wie in Japan oder Italien ein zweiter Arbeitsmarkt mit niedrigeren Löhnen entwickeln, auf dem Rentner tätig werden, die ihre hauptsächliche Berufskarriere bereits hinter sich haben. Zu niedrigeren Löhnen wird sich auf diesem Markt eine rege wirtschaftliche Aktivität entfalten, die zur Mehrung des allgemeinen Wohlstands beiträgt.

Die Entkoppelung von Frührente und Arbeitsverhältnis wird es dann auch leichter machen, das Regelalter für den erstmaligen Bezug der Altersrente auf 67 Jahre hoch zu setzen, wie es die Rürup-Kommission im Zusammenhang mit ihren Vorschlägen zur Bewältigung der Rentenkrise zu Recht ins Gespräch gebracht hat. Für viele Rentner wird sich die Bedeutung dieser Maßnahme in einer Änderung des rechnerischen Bezugspunktes für die Abschläge bei der Frühverrentung erschöpfen.

TOP 4: Den Zuwanderungsmagneten abschalten

Selektiv verzögerte Integration und Heimatlandprinzip

Zusätzlich zu den künstlich hoch gehaltenen Löhnen für gering Qualifizierte lockt auch die Umverteilungsaktivität des Staates mehr Zuwanderer nach Deutschland, als wir gebrauchen können. Sie wirkt wie ein Wohlfahrtsmagnet, weil der Staat Zuwanderern mit unterdurchschnittlicher Produktivität und unterdurchschnittlichen Löhnen Wanderungsprämien zahlt. Er verlangt von ihnen weniger Steuern und Beiträge, als er ihnen an öffentlichen Leistungen einschließlich der frei verfügbaren Infrastruktur und ähnlicher Sachleistungen zurück-

gibt. Die Wanderungsprämie betrug nach einer Berechnung des ifo Instituts im Jahr 1997 bei Migranten, die weniger als zehn Jahre in Deutschland waren, knapp 2.400 Euro pro Jahr, was bei einer fünfköpfigen Familie einem Vorteil von knapp 120.000 Euro in zehn Jahren entspricht.

Solche Wanderungsprämien sollte Deutschland nicht zahlen. Jeder EU-Bürger, der kommen möchte, soll kommen dürfen. Auch nach der Osterweiterung der EU sollte die Wanderung nach Deutschland nicht beschränkt werden. Die restriktiven Pläne zur administrativen Beschränkung der Wanderung, die die EU-Kommission in der Schublade hat, führen nicht in die richtige Richtung. Indes sollten keine Geschenke verteilt werden, damit die Wanderungsentscheidung nicht verzerrt, sondern von echten ökonomischen Motiven gelenkt wird. Nur eine unverzerrte Wanderung ist für alle beteiligten Länder von Vorteil.

Deshalb dürfen zuwandernde Arbeitnehmer nur selektiv verzögert in das deutsche Sozialsystem integriert werden. Zwar sollten sie sofort nach ihrer Ankunft an den beitragsfinanzierten Sozialleistungen beteiligt und der Besteuerung unterworfen werden, und sie sollten ebenfalls den Zugang zu den meisten staatlichen Leistungen erhalten. Jedoch sind die steuerfinanzierten Transferleistungen so zu begrenzen, dass die finanzielle Bilanz des Staates bezüglich der Zuwanderung ausgeglichen wird. Das Wohngeld, der freie Bezug von Sozialwohnungen, Kindergeld für im Ausland verbliebene Kinder und Ähnliches mehr gehört zur Liste der Posten, die man streichen muss.

Zuwanderer, die nicht hier arbeiten, sollten ihre sozialen Ansprüche weiterhin an ihr Heimatland richten.

In diesem Zusammenhang muss nachdrücklich vor der europäischen Sozialunion gewarnt werden, die in der neuen EU-Verfassung und der neuen Freizügigkeitsrichtlinie der EU angelegt ist. Jeder EU-Bürger darf seinen Wohnsitz in jedem anderen Land wählen und hat dann dort spätestens nach fünf Jahren Anspruch auf die Leistungen der sozialen Sicherheit und soziale Vergünstigungen, wobei er nicht anders behandelt werden darf als die Einheimischen. Die Verfassung und die sie begleitende Richtlinie ebnen den Weg in eine europäische Sozialunion, der vom Europäischen Gerichtshof ohnehin schon energisch beschritten wurde.

Die europäische Sozialunion wird aber nicht funktionieren. Die deutsche Sozialhilfe liegt derzeit beim Drei- bis Sechsfachen der Nettolöhne von Industriearbeitern in den osteuropäischen Beitrittsländern und beim Doppelten bis Dreifachen mancher Regionen in Portugal, Spanien und Griechenland. Die Erweiterung der Inklusionsrechte der Ausländer wird mit Sicherheit zu einer weiteren Forcierung der Zuwanderung und zu einer Verschärfung der Probleme des deutschen Sozialstaates und des Arbeitsmarktes führen.

Die Entwicklung wird nicht nur für Deutschland, sondern für alle Sozialstaaten europäischer Prägung zu einem Problem werden. Die großzügigeren unter den Sozialstaaten Europas werden in Bedrängnis kommen und sich gezwungen sehen, in eine Art Abschreckungswettbewerb einzutreten, um die Wanderungen möglichst an sich vorbei zu lenken und ihre Kosten im Griff zu behalten. Jeder Staat wird etwas weniger großzügig als die Nachbarstaaten sein wollen, aber indem jeder seine Leistungen zurückfährt, wird der Sozialstaat westeuropäischer Prägung allmählich erodieren. In dieser Situation wird der Ruf nach einer Harmonisierung der sozialen Standards auf der Ebene der EU lauter werden, weil man sich von der Harmonisierung eine Eindämmung der Wohlfahrtswanderungen ver-

spricht. Das stünde im Einklang mit dem Verfassungsentwurf, der der EU explizit die Kompetenz für solche Harmonisierungsmaßnahmen gibt.

Eine Harmonisierung der Sozialhilfesätze wäre angesichts der Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft der einzelnen Länder und Regionen Europas indes fatal. Harmonisierte Sozialeinkommen, die für die reicheren Länder noch akzeptabel sind, würden für die ärmeren Länder und Regionen Lohnuntergrenzen bilden, die sie nicht verkraften können, und die Wirtschaft in den Ruin treiben. Nicht zwei, sondern 20 Mezzogiorni gäbe es dann in Europa. Zwangsläufig würden die reicheren Länder zur Kasse gebeten, um die entstehende Massenarbeitslosigkeit in den ärmeren Ländern zu finanzieren. Was in Deutschland im Kleinen ablief, würde sich auf der europäischen Bühne im Großen wiederholen.

Damit das alles so nicht passiert, darf die europäische Sozialunion nicht kommen. Dafür müsste die Konvergenz der Staaten Europas noch sehr viel weiter vorangeschritten sein, als das bislang der Fall ist. In 30 Jahren wird es vielleicht so weit sein, aber vorher sicherlich nicht. Der Versuch, die reale Konvergenz der Staaten durch eine Sozialunion zu beschleunigen, würde in einem Desaster auf den Arbeitsmärkten enden.

Deshalb sollten die entsprechenden Paragraphen der Verfassung so geändert werden, dass die Einzelstaaten mehr, und nicht weniger, Möglichkeiten erhalten, bei ihren sozialen Leistungen zwischen Einheimischen und Migranten zu differenzieren. Der Verzicht auf eine Sozialunion ist die Voraussetzung dafür, dass der einheitliche Binnenmarkt mit voller Freizügigkeit auch für die Arbeitnehmer zustande kommt und dass Europa prosperieren kann.

TOP 5: Eine wirklich radikale Steuerreform

Weniger Staat und weniger Steuern

Seit dem Beginn der sozialliberalen Koalition vor gut 30 Jahren ist der Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt, der damals unter 40 % lag, beständig gestiegen. Er liegt heute knapp unter 50 %. Bezüglich des Nettoinlandsprodukts oder der Summe aller in Deutschland verdienten Einkommen liegt der Staatsanteil bereits über 57 %. Das ist mehr, als mit einer funktionierenden Marktwirtschaft noch vereinbar ist. Die Steuern und Abgaben, mit denen dieser Staatsanteil finanziert wird, hemmen die private Wirtschaftstätigkeit und lenken die Menschen von ihren eigentlichen Zielen ab, weil sich das Ziel, Steuern zu sparen, in den Vordergrund drängt. Die Verhaltensänderung bei den internationalen und nationalen Investoren, den Sparern und auch den Arbeitnehmern kann so immens sein, dass große Teile der Wirtschaftstätigkeit wegbrechen.

Die Erklärung für die hohe Staatsquote liegt nicht darin, dass Deutschland im internationalen Vergleich ungewöhnlich viele Staatsbedienstete hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Was den Anteil der öffentlich Bediensteten an der Arbeitnehmerschaft betrifft, liegen wir sogar noch hinter den Amerikanern. Die Erklärung liegt auch nicht im Bildungsbereich. Auch dort geben wir anteilig weniger Geld aus als die meisten anderen OECD-Länder. Die Staatsquote ist vielmehr deshalb so hoch, weil Deutschland im internationalen Vergleich sehr hohe Sozialausgaben hat. Der deutsche Sozialstaat bringt mit seinen Leistungen nicht nur den Arbeitsmarkt durcheinander und verzerrt die Migrationsströme, er kostet auch sehr viel Geld.

Der Sozialstaat neigt dazu, sich selbst zu verfestigen. Mittlerweile bekommen schätzungsweise 41 % der deutschen Wähler die wesentlichen Teile ihres Einkommens in Form sozialer Leistungen vom Staat. Es gibt so gesehen also bereits heute

eine riesige Wählergruppe, die tendenziell gegen eine Änderung der Verhältnisse eingestellt ist. Die für die Zukunft zu erwartende Erhöhung des Rentneranteils wird den Stimmrechtsanteil der Empfänger staatlicher Leistungen noch weiter in die Höhe treiben. Was die Chancen für grundlegende Reformen in Deutschland betrifft, kann man deshalb nur auf die Einsicht hoffen, dass die Fehlanreize eines überbordenden Sozialstaates zum Schluss alle mit hinunterreißen würden.

Im Vergleich zu anderen Ländern ist die durchschnittliche Steuer- und Abgabenlast in Deutschland hoch. Besonders hoch ist aber die Grenzabgabenlast, die aus der Progressivität des deutschen Steuersystems resultiert. Schon die Wertschöpfung des durchschnittlichen Industriearbeiters wird hier zu Lande mit einer Grenzabgabenlast von etwa zwei Dritteln belegt. So tief greift kein anderer Staat bei seinen Arbeitnehmern in die Lohntüte, wenn sie ihr Einkommen durch eine zusätzliche Anstrengung oder eine zusätzliche Qualifizierungsmaßnahme aufbessern. Eine Senkung der Einkommensteuer, insbesondere eine Rücknahme ihrer Progressionseffekte, ist dringend geboten.

Zugleich sollten Kapitalerträge geringer belastet werden. Steuern auf Kapitalerträge rufen beim internationalen Kapitalfluss massive Ausweichreaktionen hervor. Diese Ausweichreaktionen gehen zu Lasten der deutschen Arbeitnehmer, denn deren hohe Löhne sind im Wesentlichen auf den hohen Kapitalstock zurückzuführen, mit dem sie hier arbeiten können. Außerdem verletzen Steuern auf Kapitalerträge eindeutig das Postulat der horizontalen Gerechtigkeit, weil sie diejenigen, die ihr Vermögen später konsumieren wollen, zu einem prozentual höheren Konsumverzicht zwingen als andere, die nicht warten wollen.

Eine Einkommensteuer, die diesen Postulaten Rechnung trägt und sehr einfach konstruiert ist, könnte folgendermaßen aussehen: Mit 0 %, 15 %, 25 % und 35 % gibt es nur noch vier Steuersätze und vier Einkommensklassen für das gemeinsam veranlagte Quelleneinkommen. Kapitalerträge einschließlich der impliziten Eigenkapitalerträge der Unternehmen, die keine Quelleneinkommen sind, werden aus der allgemeinen Veranlagung herausgenommen und nur noch geringfügig mit 20 % belastet. Mit der geringeren Belastung der expliziten und impliziten Kapitalerträge folgt der Vorschlag der dualen Einkommensteuer, wie sie in den nordischen Ländern praktiziert wird. Eine deutliche Senkung der Grenzabgabenlast der Arbeitnehmer und eine Senkung der Staatsquote wird auf diese Weise ermöglicht.

Unternehmensgewinne von Personen- und Kapitalgesellschaften, die über die reinen Kapitalerträge hinausgehen, werden einheitlich mit 35 % belastet, wobei zehn Prozentpunkte als Gewerbesteuer an die Kommunen fließen. Das Halbeinkünfteverfahren für ausgeschüttete Gewinne bleibt bestehen, wenn auch mit reduzierten Sätzen.

Die Gegenfinanzierung der Maßnahmen ist zum einen in einer radikalen Kürzung der Subventionen zu suchen, die ohnehin nicht zu einer Marktwirtschaft passen. Dabei sollte man mit den Subventionen im Bereich der Landwirtschaft und des Bergbaus zuallererst anfangen. Zum anderen muss Hand an den Sozialetat gelegt werden, der gigantische Summen verschlingt und, wie erläutert, größtenteils sehr ungünstige Rückwirkungen auf die Bereitschaft der Transferempfänger hat, sich dem Markt als Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Das Ziel muss sein, das Staatsbudget drastisch zurückzufahren und der privaten Wirtschaftstätigkeit wieder mehr Raum zu lassen.

TOP 6: Mehr Kinder, mehr Rente, mehr Fortschritt

Von Frankreich lernen

Das schwierigste und langfristig wohl wichtigste Politikproblem Deutschlands liegt in seiner im internationalen Vergleich äußerst geringen Kinderzahl, die sich zu einer demografischen Krise größeren Ausmaßes auswachsen wird. Seit die Nazis die Bevölkerungspolitik missbraucht haben, wird das Thema in Deutschland tabuisiert. Aber dafür ist es zu wichtig. Unser Land braucht wie jedes andere Land Kinder, um seine Dynamik zu erhalten und seine sozialen Sicherungssysteme vor dem Ruin zu bewahren, ja um überhaupt noch eine Zukunft zu haben.

Um die Geburtenraten wieder zu steigern, kann Deutschland von Frankreich lernen. Frankreich, dessen Bevölkerungsgröße im 19. Jahrhundert gegenüber Deutschland zurückgefallen war, hat es seit dem Ersten Weltkrieg verstanden, die Geburtenraten durch staatliche Anreize hoch zu halten.

Frankreich verfügt im Gegensatz zu Deutschland über ein perfektes System an Ganztagschulen und Kindertagesstätten, das den berufstätigen Frauen die Entscheidung für Kinder erleichtert. Auch setzt es für zweite und dritte Kinder massive finanzielle Anreize, die auch schon bei Arbeiterfamilien ganz deutlich über den deutschen Anreizen liegen und das Nettoeinkommen für jedes zusätzliche Kind viel stärker erhöhen, als es in Deutschland der Fall ist.

Besonders hervorzuheben ist das Kinder-Splitting, bei dem Kinder, ähnlich wie Ehepartner im deutschen Steuerrecht, gemeinsam mit den Einkommensbezieheren veranlagt werden. Das Kinder-Splitting drückt den durchschnittlichen Steuersatz erheblich und schafft insbesondere bei den mittelständischen Familien, die ideale Voraussetzungen für die Kindererziehung mitbringen, Anreize, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

Wegen der demografischen Krise muss die Rentenversicherung grundlegend umgestaltet werden. Eine Rentenversicherung nach dem bisher praktizierten Umlageverfahren ist eine Zwangsmaßnahme, die sicherstellen soll, dass Kinder ihre Eltern im Alter finanzieren, und sie ist zugleich eine Versicherung gegen Kinderlosigkeit, weil sie diejenigen, die selbst keine Kinder haben können, in die Lage versetzt, sich von den Kindern anderer Leute ernähren zu lassen. Die Sozialisierung der Rentenbeiträge der Kinder ist die rationale Entscheidung einer Gesellschaft, die ihre Mitglieder vor wirtschaftlichen Konsequenzen individueller Kinderlosigkeit schützen wollte.

Die Sozialisierung der Beiträge der Kinder hat aber den Nachteil, dass der Zusammenhang zwischen der individuellen Erziehungsleistung und der eigenen Rente ausgeblendet wird. Um im Alter auskömmlich leben zu können, reicht es, wenn andere Menschen Kinder großziehen. Auf die eigenen Kinder kommt es nicht an. Der Rentenanspruch hängt davon nicht ab, sondern nur von dem Geld, das man zur Finanzierung der Renten der Generation seiner eigenen Eltern beigesteuert hat. Die Folge ist, dass das natürliche ökonomische Motiv, Kinder in die Welt zu setzen, um sich von ihnen im Alter ernähren zu lassen, vollständig aus dem Bewusstsein junger Paare verdrängt wurde. Auch dies hat dazu beigetragen, dass Deutschland in Relation zu seiner Bevölkerungsgröße die niedrigste Geburtenzahl auf der ganzen Welt hat. Die Rentenversicherung hat die demografische Krise, unter der sie nun leidet, selbst mit hervorgebracht.

Die Vollversicherung gegen Kinderlosigkeit, die das Rentensystem bietet, hat sich nicht bewährt. Sie sollte durch eine Teildeckungs-Versicherung ersetzt werden, die zwar noch gegen die Konsequenzen der Kinderlosigkeit versichert, aber doch einen Teil dieser Konsequenzen bei den Kinderlosen belässt. Die Eigenverantwortlichkeit für die Entscheidung über den eigenen Nachwuchs sollte gestärkt werden.

Konkret könnte man auf die bis zum Jahr 2035 anstehende Halbierung der Zahl der Beitragszahler gegenüber den Rentnern durch die Einführung eines auf vier Säulen basierenden Alterssicherungssystems reagieren.

Die erste Säule wird durch die gesetzliche Rentenversicherung alter Art gebildet. Für sie werden weiterhin die gleichen Umlagebeiträge wie bislang (circa 20 %) erhoben. Indes unterbleibt die demografisch bedingte Erhöhung der Beitragssätze und des Bundeszuschusses, die bis zum Jahr 2035 nach geltendem Recht etwa 12 % der Bruttolöhne ausgemacht hätte. Ein Bundeszuschuss wird nur noch zur Abdeckung versicherungsfremder Leistungen zugelassen. Die gesetzliche Altersgrenze für den Renteneintritt wird auf 67 Jahre erhöht. Wegen der demografischen Verwerfungen werden die Renten langsamer steigen, als es nach geltendem Recht der Fall gewesen wäre. Bis zum Jahr 2035 werden sich die Renten in Relation zu den Bruttolöhnen von heute 48 % auf 29 % verringern, weil sich die Zahl der Erwerbstätigen relativ zu den Rentnern halbiert und nur ein kleiner Teil dieses Effektes durch eine Erhöhung des Rentenalters aufgefangen werden kann.

Die zweite Säule wird durch Beamtenpensionen gebildet. Diese Pensionen bleiben vom Grundsatz her erhalten, wie es dem bisherigen System entspricht, doch werden sie mit den Renten aus der ersten Säule indiziert. Auch die Pensionen werden also auf die demografischen Verwerfungen reagieren und langsamer wachsen, als es bislang geplant war. Die Relation von Pensionen zu laufenden Beamtengehältern wird sich gegenüber dem heutigen Niveau bis zum Jahr 2035 um etwa 40 % verringern.

Die dritte Säule ist die Kinderrente. Sie wird Eltern unabhängig davon gewährt, ob sie gearbeitet haben, und steht unter anderem auch Beamten, Selbständigen und nicht erwerbstätigen Ehefrauen zur Verfügung. Bis zu einem Maximum von drei Kindern bekommt man pro Kind eine Zusatzrente. Die Höhe der Rente pro Kind ist nach der Zeitdauer bemessen, während

derer man in Deutschland das Sorgerecht für dieses Kind hatte. Diese dritte Säule wird durch einen allgemeinen Beitrag aller Erwerbstätigen, also auch der Beamten und Selbständigen, finanziert. Die Rente sollte so austariert werden, dass der Eckrentner bei drei Kindern zusammen mit der Rente aus der ersten Säule das Rentenniveau erreicht, das sich nach der heutigen Rechtslage ergeben hätte.

Die vierte Säule besteht in der Riester-Rente für Kinderlose. Wenn man weniger als drei Kinder großzieht, ist man verpflichtet, einen Sparvertrag für eine Riester-Rente abzuschließen, der die Versorgungslücke aus der ersten und dritten beziehungsweise zweiten und dritten Säule schließt. Die Sparpflicht wird Schritt für Schritt in dem Maße erlassen, wie Kinder geboren werden, und die bereits angesparten Kapitalsummen werden dann anteilig ausgezahlt. Die Leistungsfähigkeit für die Erfüllung dieses Vertrags ist vorhanden, denn das Geld, das man sonst für die Erziehung von Kindern hätte ausgeben müssen, steht für die erforderliche Ersparnis zur Verfügung.

Dieses neue Rentensystem ist gerecht, denn die arbeitende Generation muss wie schon immer in der Geschichte der Menschheit zwei Lasten tragen. Sie muss erstens ihre Eltern ernähren. Das tut sie mit ihren Beiträgen zur Rentenversicherung. Und zweitens muss sie für ihr eigenes Alter vorsorgen. Das tut sie, indem sie entweder Kinder großzieht, also Humankapital bildet, oder indem sie spart und Realkapital bildet.

Das neue Rentensystem sichert die Renten trotz der demografischen Krise. Darüber hinaus wird es einen Teil der natürlichen ökonomischen Motive für den Kinderwunsch wiederherstellen, die der Staat durch die Vollsozialisierung der Beiträge der Kinder vertrieben hat. Es liefert insofern einen ursachengerechten Beitrag zur Bewältigung der Rentenkrise. Wenn wir Deutschen mehr Kinder haben, dann gibt es nicht nur mehr Renten, sondern auch mehr Fortschritt und Dynamik. Unser Land hat dann wieder eine Zukunft.

TOP 6+1: Neuer Schwung in den neuen Ländern

Die Politikempfehlungen unter TOP 1 bis TOP 6 gelten auch für die neuen Länder. Die Frage, ob Deutschland noch zu retten ist, stellt sich dort eher noch intensiver als im Westen, und folglich ist dort auch der Handlungsbedarf größer. Die Wirtschaft der neuen Länder ist in der Zeitspanne von 1997 bis 2003 deutlich langsamer gewachsen als die der alten Länder, obwohl auch die westdeutsche Wirtschaft kaum noch wuchs und in Europa das Schlusslicht bildete. Die Relation der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität Ost zu West lag im Jahr 2003 unter dem Niveau von 1997. Die Ausrüstungsinvestitionen pro Kopf lagen um 17 % unter dem Westniveau, obwohl sie viel höher sein müssten, wenn der Westen jemals eingeholt werden soll. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten reduziert sich Jahr für Jahr um mehr als 2 %.

Dass der Lebensstandard der neuen Bundesbürger in realer Rechnung bereits 90 % des Westens erreicht hat, steht diesen Fakten nicht entgegen. Das liegt vor allem an den Transfers von West nach Ost, die über die Sozialkassen, den Länderfinanzausgleich und den Bundeshaushalt laufen. In den neuen Ländern übersteigt auch 14 Jahre nach der deutschen Vereinigung der Verbrauch von Waren und Leistungen seitens der privaten Haushalte, der Investoren und des Staates die eigene Wirtschaftsleistung immer noch um die Hälfte. Jeder dritte Euro, der in den neuen Ländern ausgegeben wird, stammt aus dem Westen. Von diesem Euro sind 75 Cent geschenkt und 25 Cent geliehen. Auch in historischer Perspektive wird es kaum gelingen, eine Region auf der Welt zu finden, die in ähnlich hohem prozentualen Umfang von einem Mittelzustrom von außen abhängig war und wo der Kaufkraftüberhang über die eigene Erzeugung solch riesige Ausmaße angenommen hat. Die neuen Länder sind eine Transferökonomie geworden, die ohne das Geld des Westens nicht mehr leben könnte. Da 47 % der ost-

deutschen Wähler die wesentlichen Teile ihres Einkommens in Form von Sozialleistungen vom Staat beziehen, gibt es überaus starke Beharrungstendenzen, die eine baldige Änderung dieser Situation unwahrscheinlich machen.

Der historische Grund für das offenkundige Misslingen der wirtschaftlichen Vereinigung unseres Landes liegt im Vorseilen der Löhne vor der Produktivität, wobei das Vorseilen selbst wiederum durch die langfristig bindenden Stellvertreter-Tarifverhandlungen der westdeutschen Konkurrenten im Jahr 1991 und durch die Sozialunion zu erklären ist. Man wollte zu schnell zu viel und hat dadurch den vierzehnjährigen Vorsprung verspielt, den die neuen Länder vor ihren Ex-COMECON-Verbündeten hatten, bevor auch diese im Jahr 2004 in die Europäische Union aufgenommen wurden.

Aktivierende Sozialhilfe zum Schutz vor Niedriglöhnern aus Polen und Tschechien

Die neuen Bundesländer leiden unter einer Massenarbeitslosigkeit, die mit einer Quote von knapp unter 20% ähnliche Ausmaße hat wie die Massenarbeitslosigkeit unter den gering Qualifizierten im Westen. Und in der Tat sind auch die Ursachen ähnlich. Zwar ist das formale Qualifikationsniveau der neuen Bundesbürger hoch, und gering Qualifizierte wie im Westen gibt es kaum. Jedoch ist die Produktivität der Arbeit immer noch sehr gering, da es erhebliche Defizite bei anderen, harten wie weichen, Standortfaktoren gibt, die von der Infrastruktur bis zur gesellschaftlichen Akzeptanz des Unternehmertums reichen. Wegen der niedrigen Produktivität sind die auf hohem Niveau egalisierten Löhne ein gemeinsames Problem der gering Qualifizierten im Westen und normal Qualifizierten im Osten, so unvergleichbar diese beiden Bevölkerungsgruppen in anderer Hinsicht sind.

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität der neuen Länder

liegt unter 60 % des Westens, und die Löhne liegen über 70 %. Das passt nicht zusammen und zeigt das Problem.

Die im Vergleich zur Produktivität hohen Löhne der neuen Länder werden heute im Wesentlichen nur noch durch die Lohnersatzleistungen des Sozialstaates erklärt. Die Tarifabschlüsse der Gewerkschaften spielen eine immer geringere Rolle, weil die meisten Erwerbsfähigen davon ohnehin nicht mehr betroffen sind. Insbesondere die Arbeitslosenhilfe erstickt in den neuen Ländern jedweden Ansatz für einen Aufschwung schon im Keim. Kurz vor den Massenentlassungen der Treuhand-Unternehmen, bei denen drei Viertel der Industriebeschäftigten ihre Stellen verloren, waren viele Arbeitnehmer noch einmal in den Genuss kräftiger Lohnerhöhungen gekommen, die nie eine wirtschaftliche Basis hatten, sich aber bis zum Jahr 2004 in entsprechend hohen Leistungen der Arbeitslosenhilfe niedergeschlagen haben. Fast die Hälfte aller Arbeitslosenhilfebezieher Deutschlands wohnt in den neuen Ländern, obwohl diese nur ein Fünftel der Gesamtbevölkerung umfassen. Mit der Arbeitslosenhilfe als Anspruchsgrundlage warten die Ostdeutschen Jahr um Jahr vergeblich auf die Ansiedlung von Unternehmen, die noch mehr zu zahlen bereit waren. Die überzogenen Ansprüche zementieren einen beklagenswert niedrigen industriellen Beschäftigungsstand, der nicht höher als der des italienischen Mezzogiorno ist.

Die Politik kann Löhne nicht setzen, aber sie kann Rahmenbedingungen festlegen, die die Kräfte des Marktes bei der Lohnbildung zum Zuge kommen lassen. Dazu gehört die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die ab dem Jahr 2005 wirksam wird. Aber diese Maßnahme reicht nicht. Zusätzlich muss die Aktivierende Sozialhilfe, wie sie oben beschrieben wurde, eingeführt werden, denn auch die unter dem Namen Arbeitslosengeld II eingeführte neue Sozialhilfe verbaut den Weg zu niedrigeren Löhnen, mit denen man der Konkurrenz der neuen EU-Länder aus Osteuropa widerstehen könnte. Das Geld, das als Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in die neuen Länder

fließt, kann weiter fließen, aber es wird in Zukunft für die Mitfinanzierung von Lohneinkommen statt für die Bezahlung des Nichtstuns gebraucht. Wenn der Staat seine Taschen für diejenigen öffnet, die ein Lohneinkommen erzielen, doch für jene zuknöpft, die kein solches Einkommen nachweisen, obwohl sie arbeiten könnten, wird der Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer in Bewegung kommen. Der Anspruchslohn wird fallen, das wird den tatsächlichen Lohn senken, und wegen der Senkung des tatsächlichen Lohnes werden die Arbeitgeber einen größeren Teil der Arbeitsplätze profitabel finden, die sie bereits in der Schublade haben. Dann gehen sie auch nicht nach Krakau, Posen oder Pilsen, sondern bleiben zu Hause und investieren in Zwickau, Chemnitz oder Magdeburg. Zu dieser Reform gibt es keine realistische Alternative, wenn die neuen Länder den Wettbewerb mit ihren Ex-COMECON-Partnern bestehen wollen, die seit dem 1. Mai 2004 mit im europäischen Boot sitzen. Die unmittelbaren Anrainerländer Polen und Tschechien locken die Investoren mit Löhnen, die bei nur einem Viertel bis Fünftel der ostdeutschen Löhne und einem Drittel bis Viertel der ostdeutschen Sozialhilfesätze liegen. Auch wenn man kein Ökonom ist, muss man einsehen, dass es für die neuen Länder nicht die geringste Chance gibt, wirtschaftlich mit der Osterweiterung zurechtzukommen, wenn man das Sozialhilfesystem und die von diesem System erzeugte Lohnuntergrenze im deutschen Tarifsysteem unverändert lässt. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe reicht keinesfalls aus, ein Desaster zu verhindern.

Dabei ist zu betonen, dass die Aktivierende Sozialhilfe so angelegt ist, dass die jetzigen Sozialhilfeempfänger sich finanziell nicht schlechter stellen können als heute und in aller Regel sogar einen Einkommengewinn verbuchen werden. Mindestens können sie für die heutige Sozialhilfe beim Staat Beschäftigung finden, der ihre Arbeitskraft meistbietend an die private Wirtschaft weiterverleiht. Besser ist es für sie jedoch, wenn sie sich, versehen mit dem Lohnzuschuss, eine Stelle in der Privat-

wirtschaft suchen, denn dort werden sie trotz der zu erwartenden Lohnsenkung schon bei einem Halbtagsjob das gleiche verdienen wie auf einer ganzen Stelle beim Staat. Den ärmeren Bevölkerungsschichten der neuen Länder wird es finanziell deutlich besser gehen, als es ohne die Reform der Fall wäre.

Mitbeteiligung: im Osten ein Auftrag von Verfassungsrang

Zur Flankierung der nötigen Lohnsenkung in den neuen Ländern bietet sich des Weiteren das partnerschaftliche Beteiligungsmodell an, das oben beschrieben wurde, also der Lohnverzicht im Austausch gegen eine Mitbeteiligung für die zum Zeitpunkt des Tarifabschlusses vorhandenen ostdeutschen Arbeitnehmer.

Neben dem Vorteil der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen hat dieses Modell den Vorteil, dass es den ökonomischen Grundfehler der Vereinigungspolitik korrigieren würde, der darin besteht, dass den neuen Bundesbürgern kein Eigentum am ehemals volkseigenen Vermögen zuerkannt, doch ein viel zu hoher Lohn versprochen wurde. Bedenkt man, welche hohen Sozialtransfers mit den hohen Löhnen kamen, so war der Mix für die neuen Bundesbürger zwar mehr als fair, aber dennoch war er unter Lenkungsaspekten völlig falsch gewählt. Eine gut funktionierende Marktwirtschaft hätte andere Startbedingungen gebraucht. Es hätte niedrigere Löhne bedurft, um Investitionen anzuregen, und eines gewissen Vermögensbesitzes unter den Ostdeutschen, um eine bessere Zukunftssicherung und die Gründung eigener Unternehmen mit ostdeutschen Eigentümern zu ermöglichen. Eine Mitbeteiligung am Produktivvermögen im Austausch gegen Lohnsenkungen würde eine gewisse Ex-Post-Korrektur des damaligen ökonomischen Fehlers ermöglichen.

Darüber hinaus würde die Mitbeteiligung der neuen Bundesbürger endlich den Auftrag des Artikels 25 Absatz 6 des

Einigungsvertrags erfüllen, wonach Möglichkeiten für die Verteilung von verbrieften Anteilsrechten am ehemals volkseigenen Vermögen an die ehemaligen DDR-Sparer vorzusehen sind. Schließlich hat dieser Auftrag für die Bundesrepublik Deutschland Verfassungsrang.

ANMERKUNG ZUR SIEBTEN AUFLAGE

Es ist wie Katze und Maus. Kaum habe ich die aktuellsten politischen Beschlüsse zur deutschen Sozialreform argumentativ und rechnerisch berücksichtigt, gibt es schon wieder neue. So hat sich von Mai bis September 2004 die Gestaltung der Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Hartz IV durch ein neues Gesetz und neue Beschlüsse der Bundesregierung wieder verändert. Deutschland reformiert sich, und das ist gut so. Mit dieser Auflage bleibt die Katze der Maus auf den Fersen.

München, Oktober 2004
Hans-Werner Sinn

ANMERKUNG ZUR SECHSTEN AUFLAGE

Das Buch wurde von meinen Lesern freundlich, ja in einer so großen Zahl von Fällen enthusiastisch aufgenommen, dass ich verlegen werde. Die Reaktionen geben mir Hoffnung, dass unser Land doch noch zu retten ist.

Auch die Medien haben viele der Thesen des Buches aufgegriffen. Ich sehe meine Argumente wie Ping-Pong-Bälle durch den Blätterwald und durch die Talkshows springen und freue mich stets von neuem, wenn mir jemand in Gesprächen, ohne es zu wissen, Gedanken vorträgt, die aus dem Buch stammen.

Das Buch hat sich viel schneller verkauft, als ich es je gedacht hätte. Nach einem Dreivierteljahr sind wir nun schon bei der sechsten Auflage. Daraus entnehme ich die moralische Berechtigung, vom Verlag einen neuen Satz zu verlangen. Klei-

neren Verbesserungen wurden auch schon vorher durchgeführt, doch diese sechste Auflage ist grundlegend revidiert worden.

Zum einen ist seit der ersten Sammlung der Zahlen ein Jahr vergangen, sodass sehr viele Aktualisierungen bei den Abbildungen und im Text vorgenommen werden konnten. Nicht zuletzt die Agenda 2010, die inzwischen auf dem Kompromisswege zwischen den Parteien verabschiedet wurde, hat zu umfangreichen Neuberechnungen und Änderungen in der Argumentation gezwungen.

Zum anderen ist mein eigener Erkenntnisprozess fortgeschritten, was mich veranlasst hat, bestimmte Teile neu und hoffentlich besser zu schreiben. Dazu gehören insbesondere die Teile zur Basar-Ökonomie und zur Exportstatistik, zur Kinderrente, zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur europäischen Verfassung.

Bei allem konnte ich von einer großen Zahl von Zuschriften aufmerksamer Leser profitieren, die mir wertvolle Hinweise gaben und mit denen ich bisweilen lange Diskussionen führte. Einige dieser Diskussionen sind neben anderen Materialien zum Buch auf einer speziellen Seite der Homepage des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung (www.ifo.de) zusammengestellt worden. Ich ermuntere meine Leser weiterhin, sich dort an der Diskussion der Thesen des Buches zu beteiligen.

Ich bitte um Verständnis, dass ich hier nicht alle Personen nennen kann, die mir geschrieben und mich mit wertvollen Informationen versorgt haben. Stellvertretend sollen jedoch Knut Borchardt, Peter Huber, Toni Pierenkemper, Albert Rupprecht, Uta Saumweber-Meyer, Martinus Seidel und Reinhard Spree genannt sein, die alle längere Stellungnahmen abgaben. Allen, die mir Kommentare gesandt haben, und allen Mitarbeitern des CES und des ifo Instituts, die mich bei der Revision unterstützt haben, danke ich ganz herzlich.

München, im Mai 2004
Hans-Werner Sinn